



SITZUNGSVORLAGE
B 2018/012/3993

Fachbereich/Aktenzeichen

Datum

öffentlich

Fachdienst Zentrale
Gebäudewirtschaft

11.04.2018

Langer, Andreas

Beratungsfolge

Zuständigkeit

Termin

Rat

Entscheidung

16.04.2018

Maßnahmenfreigabe zur Anmietung von Raummodulen für das Thomas-Morus-Gymnasium

Beschlussvorschlag:

Die Maßnahmenfreigabe zur Anmietung von Raummodulen zum Schuljahr 2018/2019 am Thomas-Morus-Gymnasium wird erteilt.

Anlage(n)

Finanzwirtschaftliche Daten

Haushaltsstelle: 01.10.01.5422001

Haushaltsmittel stehen planmäßig zur Verfügung.

Gesamtvolumen der Maßnahme: ca. 350.000 EUR

	<u>Ergebniswirksam</u>			
	HHJ*	HHJ + 1	HHJ + 2	HHJ + 3
Ertrag	EUR	EUR	EUR	EUR
Aufwand	50.000 EUR	100.000 EUR	100.000 EUR	100.000 EUR
Nettobelastung	EUR	EUR	EUR	EUR

	<u>Finanzwirksam</u>			
	HHJ	HHJ + 1	HHJ + 2	HHJ + 3
Einzahlung	EUR	EUR	EUR	EUR
Auszahlung	EUR	EUR	EUR	EUR
Saldo	EUR	EUR	EUR	EUR

(* Haushaltsjahr)

Erläuterungen/Bemerkungen:

Sachverhalt:

Aufgrund der Anmeldezahlen am Thomas-Morus-Gymnasium ist kurzfristig zum Schuljahr 2018/2019 zusätzlicher Raumbedarf entstanden.

Der Schulausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2018 beschlossen, dass die Zügigkeit am TMG entsprechend der Anmeldezahlen erhöht wird und dass der zusätzliche Raumbedarf zum Teil solange durch temporäre Klassenraummodule am Standort des TMG auszugleichen ist, bis durch eine entsprechende Baumaßnahme dauerhafte Raumkapazitäten für die Schule geschaffen werden können.

Ein in diesem Zusammenhang ergangener Sperrvermerk im Rahmen der Haushaltsplanberatung zur Frage der organisatorischen Unterbringung evtl. zusätzlicher Klassenraumbedarfe wurde in der letzten Sitzung des Schulausschusses aufgehoben.

Bei der Maßnahme ist besondere Dringlichkeit gegeben. Die Lieferzeiten der benötigten Raummodule erfordern einen sehr zeitnahen Abschluss eines Mietvertrages.

Es ist seitens des FD 012 vorgesehen, die Ausschreibung mit einer ersten festen Mietdauer von 30 Monaten durchzuführen. Das zu erwartende Vertragsvolumen beläuft sich auf ca. 300.000 bis 350.000 Euro.

Aufgrund der Kürze des zeitlichen Vorlaufes und der Dringlichkeit wird die Beschlussvorlage zur Maßnahmenfreigabe dem Rat im Wege einer Tischvorlage für die Sitzung am 16.04.2018 vorgelegt. Der Rat zieht die aufgrund der Auftragshöhe in dieser Angelegenheit bestehende Zuständigkeit des Finanzausschusses zur Entscheidung an sich.

Anlage(n)